Nr. 285.

Montag, den 2. Dezember 1918.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich in einer Auflage von 90 000 Exemplaren. Bezugspreis: durch die Post monatlich M. 2,21, vierteljährlich M. 6,62, durch die Austräger wöchentlich 50 ₰ monatlich M. 2,20, vierteljährlich M. 6,60 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition, in den Filialen und bei den Straßenhändlern 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich M. 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, I. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 35 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor I. Stock, Fehlandstr. 11.

Die Infamie der Spartakus-Leute gegen Ebert.

Die Berliner „Rote Fahne" vermag es immer noch nicht über sich zu gewinnen, die Unrichtigkeit der Beschuldigung, die sie gegen Ebert erhoben hat, zuzugestehen. Im Gegenteil: sie wiederholt ihre Verleumdung in dem Wunsch und in der Hoffnung, daß so doch wohl etwas an dem verhaßten Ebert hängen bleiben könnte. Darum ist es nötig — nicht Eberts, aber der Sache wegen — ganz klar noch einmal die Sachlage darzustellen. Das geschieht in diesem WTB-Telegramm:

Die „Rote Fahne" bringt erneut eine völlig unzutreffende Darstellung über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln durch die Entente unter Angriffen auf den Volksbeauftragten Ebert, dem sie vorwirft, daß er die Entente veranlaßt habe, bereits zugesagte Sendungen an Deutschland nur dann zu liefern, wenn Ruhe und Ordnung herrsche. Demgegenüber muß im Interesse der Wahrheit die Reihenfolge der wirklichen Vorgänge erneut und dokumentarisch festgestellt werden.

1. Der Waffenstillstandsentwurf der Entente enthielt die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Blockade; das bedeutete, daß Deutschland kein Pfund Mehl und kein Pfund Fleisch während der Dauer des Waffenstillstandes erhalten sollte.

2. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat demgegenüber in den Verhandlungen erreicht, wie die „Rote Fahne" selber feststellt, daß Deutschland in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebensmitteln von der Entente versorgt werden soll.

3. Nach Bekanntwerden der Revolution in Deutschland (10. November) wurde von den Alliierten sofort die Frage aufgeworfen, ob die Regierung, die den Waffenstillstand unterzeichnet, überhaupt in der Lage sein würde, die Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfüllen. Nur der beruhigenden Versicherung, daß auch eine Regierung Ebert, wenn sie das Waffenstillstandsabkommen unterzeichne, die Macht habe, diese Bedingungen durchzuführen, verhinderte Abbruch der Verhandlungen.

4. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens fand daraufhin am Montag, den 11. November, früh 5 Uhr, statt. Es herrschte vollkommene Klarheit darüber, daß das gesamte Abkommen mit allen erreichten Verbesserungen, besonders auch die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, nur dann aufrecht erhalten werden könne, wenn die Garantie für die Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen durch Ruhe und Ordnung in Deutschland gegeben sei. Von diesem Gesichtspunkte aus wurde von England noch in letzter Stunde die Besetzung von Helgoland gefordert, falls durch Störung von Ruhe und Ordnung die Uebergabe der Flotte sich verzögern würde.

5. Die Waffenstillstandskommission hat alsbald die gesamte Sachlage telephonisch der Reichsleitung unterbreitet. Gleichzeitig hat die Waffenstillstandskommission die Reichsleitung um sofortige Aufnahme von Verhandlungen zu einem Präliminarfrieden gebeten. Im Verfolg dieser Anregungen hat Staatssekretär Dr. Solf am 12. November folgende in der deutschen Presse allgemein veröffentlichte Note an die Vereinigten Staaten gerichtet: „Nachdem nunmehr der Waffenstillstand abgeschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkte die Verhandlungen beginnen können.

Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert."

6. Die Note vom Staatssekretär Lansing vom 13. November, veröffentlicht in der deutschen Presse vom 14. November, teilte mit, daß Präsident Wilson bereit sei, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollende Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin gesichert ist und bleibt, und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

7. Eine weitere Depesche ist vor dem Eingang der vorstehenden Note Lansings von keiner deutschen Seite gesandt worden. Das ebenfalls unter dem 13. November von Hollandsch Nieuws Bureau veröffentlichte angebliche Telegramm des deutschen Reichskanzlers existiert nicht. Der Volksbeauftragte Ebert hat nie eine Depesche an Wilson gesandt, und die von Hollandsch Nieuws Bureau mitgeteilte ist nie durch WTB. verbreitet worden, wie sonst die amtlichen Kundgebungen.

8. Damit ist der aktenmäßige Beweis erbracht, daß die Wendung, „wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten bleibt", zuerst und allgemein von Lansing gebracht worden ist, und daß die Behauptung, der Volksbeauftragte Ebert habe der Entente diese Bedingung vorgeschlagen, vollkommen erfunden ist. Nicht wer für Brot sorgt, verrichtet Henkersarbeit, sondern wer Deutschland in wilde Anarchie zu stürzen versucht.

Ebert und Braun über die nächsten Arbeiten.

Sonntag mittag fand in Berlin eine große sozialdemokratische Kundgebung statt, in der Ebert unter anderem ausführte: Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird scharf gefaßt werden. Möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Einkommens erstreben wir. Die Kriegsgewinne müssen möglichst restlos eingezogen, Erbschaftssteuern verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle, das sind und bleiben unsere Grundlagen. Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unverrückbar unser Ziel. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist ein freies, gesundes, frohes Volk, das kein Elend mehr kennt. (Stürmischer Beifall.) Der preußische Landwirtschaftsminister, Genosse Otto Braun, der als zweiter Redner sprach, kündigte einen Gesetzentwurf an, der dem Staate das Vorkaufsrecht in Landgütern sichert. Weiter soll das Wild in weitem Umfange abgeschossen werden und in allen Forsten ein vermehrter Holzeinschlag vorgenommen werden. Die Oed- und Moorländer sollen, soweit möglich, schon für die nächste Ernte nutzbar gemacht werden. Hierfür werden sich auch Arbeiter aus den Städten zu angemessenen Löhnen zur Verfügung stellen müssen. Dagegen warnte Braun davor, durch das Geschrei nach Aufteilung des Grundbesitzes die Produktion zu schädigen.

Aufruf!

An die vom Kriege heimkehrenden Landarbeiter und alle, die auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren!

Geht nicht in die Städte und Industriebezirke! Dort fehlt es an Wohnungen und ist die Arbeitsgelegenheit schon wegen der mangelnden Rohstoffe knapp. Auf dem Lande ist eine durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Gange. Mehrere Millionen Hektar — Raum genug für Hunderttausende von selbständigen Bauernstellen — werden unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen großen Berufsverbände zur Besiedlung bereitgestellt werden. Das Werk wird so schnell vollendet werden, wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Bau-, Transport- und Geldverhältnisse es gestatten; bis dahin findet Ihr auf dem Lande Unterkunft und lohnende Beschäftigung. Denn mehr als eine Million Kriegsgefangener und Wanderarbeiter verlassen ihre Arbeitsplätze, und der Krieg hat große Lücken in den Bestand des Landvolkes gerissen.

Wir haben die alten Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter aufgehoben und die Gesindeordnung außer Kraft gesetzt. Nachdem für die Landarbeiter die gleiche Koalitionsfreiheit gesichert ist wie für die Industriearbeiter, werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse durch Tarifverträge zwischen den Organisationen der Landarbeiter und der Gutsbesitzer geregelt.

Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, für die Herstellung der nötigen Wohnungen in angemessener Frist Sorge zu tragen und Pachtland für den Haushaltsbedarf zu beschaffen.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts.
Bauer.

Soldatenräte des Feldheeres zur Lage.

In zwei großen öffentlichen Versammlungen in Germersheim und Maulbronn, dem jeweiligen Hauptquartier des A. O. K. präsidierte der Soldatenrat der 19. Armee durch seinen Vorsitzenden, Kameraden Bublitz, seine Stellungnahme dahin, daß es sich die Angehörigen des Feldheeres unter keinen Umständen gefallen lassen, bei der Neugestaltung der Verfassungsverhältnisse ausgeschaltet zu werden. Die Soldaten des Feldheeres, die vier Jahre ihr Leben und ihre Gesundheit in die Schanze geschlagen haben, um den Einmarsch feindlicher Heeresmassen in Deutschland zu verhindern, erheben schärfsten Protest gegen die Bestrebungen einer kleinen Minderheit, ihre augenblickliche Abwesenheit von der Heimat dahin auszunutzen, die große Mehrheit unter Nichtbeachtung ihrer Wünsche vor vollendete Tatsachen zu stellen. Insbesondere ist es die Stellung der Spartakusgruppe und ihrer engeren Gefolgschaft in Berlin, die nicht nur den Widerspruch des Feldheeres, sondern auch eine weitgehende Entrüstung der Zivilbevölkerung in Bayern, Württemberg und Baden ausgelöst hat; diese geht so weit, daß bereits allen Ernstes eine Losirennung der Südstaaten von Preußen in Erwägung gezogen wird. Nichts kann für die Zukunft Deutschlands nach der Ansicht der Feldtruppen gefährlicher sein, als diese Zersplitterung in den eigenen Reihen. Die Soldatenräte des Feldheeres richten daher an die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat sowie an alle Staatsbürger, die sich der Schwere der Gegenwart bewußt sind das Ersuchen, den ordnungsgemäßen Gang des Wirtschafts- und Verkehrswesens zu gewährleisten und insbesondere im Zusammenwirken der Staats- und Gemeindeverwaltungen mit den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Arbeitsgelegenheit der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer zu sorgen, damit die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit eingedämmt wird, um katastrophale Ereignisse zu verhindern. Die Vertreter des gesamten Feldheeres werden in Uebereinstimmung mit dem Soldatenrat der 19. Armee in den allernächsten Tagen ihre Stellungnahme auch geschlossen zum Ausdruck bringen.

In der Sitzung der Berliner Soldatenräte am Sonnabend gab eine Delegation der Soldatenräte der Ostfront folgende Erklärung ab: Im Namen von 750 000 Kameraden der Ostfront begrüßen wir freudig den Entschluß der Regierung zur baldigen Einberufung der Nationalversammlung. Wir hoffen, daß das Wahlsystem auch die Kameraden, die dann vielleicht noch nicht in der Heimat weilen, ihr Stimmrecht sichern wird. Die Nationalversammlung wird nicht nur die Einheit des deutschen Volkes bringen, sondern auch die revolutionäre Freiheit und den Frieden sichern. Wir stellen uns deshalb entschlossen hinter die Regierung und werden sie auf ihrem Wege zur Nationalversammlung mit aller unserer Kraft unterstützen.

* * *

Wolffs Bureau teilt mit: Von den Soldatenräten der zurückkehrenden Fronttruppen sind der Reichsregierung in den letzten Tagen viele Hunderte von Telegrammen zugegangen, die alle dem Rat der Volksbeauftragten ihr Vertrauen aussprechen, sein Programm billigen und Unterstützung zusichern. Von Westen und Osten, von den Soldatenräten der Armeen, der Armeekorps und den Divisionen bis zu denen einzelner Kompagnien und anderer kleinerer Formationen spricht aus all den Kundgebungen ein einheitlicher Wille zu gemeinsamem Aufbau. Die Forderung nach der Nationalversammlung und der Protest gegen Störungen der stetigen Entwicklung kehren immer wieder. Die Reichsleitung kann nicht jedem einzelnen antworten; die Festsetzung des Wahltermins zur Nationalversammlung mag den Soldatenräten zeigen, welchen Weg sie gehen will.

Die Angehörigen der Garde-Nachrichten-Ersatzabteilung protestieren gegen die Mitteilung eines großen Teiles der Berliner Presse, die sagte, die Angehörigen der Garde-Nachrichten-Ersatzabteilung seien eine Leibgarde Liebknechts. Sie erklärt vielmehr ausdrücklich, daß sie seit dem ersten Tage der Revolution rückhaltlos hinter der heutigen Regierung gestanden hat, die zu unterstützen auch fernerhin ihre vornehmste Aufgabe sein wird.

Die Entente verlangt bedingungslose Rückgabe ihrer Handelsschiffe.

Bezüglich der in deutschen Häfen liegenden Handelsschiffe der Alliierten ist von England die Forderung gestellt, daß diese Fahrzeuge sofort seeklar zu machen sind. Eine englische Kommission wird den Zustand der Schiffe untersuchen, welche beschädigt oder aus anderen Gründen nicht seefähig sind. Es ist zu erwarten, daß die fahrbereiten Schiffe sofort die deutschen Häfen verlassen müssen. Eine besondere Kommission von Schiffahrtssachverständigen von beiden Seiten wird die Fragen des Artikels 30 der Waffenstillstandsbedingungen regeln, welche die Rückgabe der der Entente gehörigen Handelsschiffe, die sich augenblicklich in deutscher Gewalt befinden, betreffen. Die Schiffe sind ohne Recht auf Gegenseitigkeit an die Entente zurückzugeben.

Die Schiffahrtskommission der Entente, welche über die die Schiffahrt betreffenden Klauseln des Waffenstillstandsvertrages verhandeln soll, ist noch immer nicht in Spaa eingetroffen. Infolgedessen ist von deutscher Seite dagegen protestiert worden, daß die für das deutsche Volk so dringend wichtige Angelegenheit weiterhin dadurch verzögert wird, daß über sie immer noch nicht verhandelt wird.

Der Rückzug im Osten.

Die Räumungen im Oberostgebiet nehmen ihren planmäßigen Fortgang. Dagö, Moon, Narwa, Pleskau, Ostrow und Bobruisk sind geräumt.

Die Waffenstillstandskommission in Spaa befaßte sich mit der Frage der Internierung der Armee Mackensen, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Mackensen nicht interniert werden, sondern muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen.

Aus Berlin wird gemeldet: Drei Infanterieregimenter der Heeresgruppe Mackensen sind in Oderberg eingetroffen.

Zur Frauenagitation.

Frauen! Helft schaffen!

Die draußen 4 Jahre lang ausgeharrt haben in furchtbaren Qualen, sie werden jetzt mit Liebe und Freude empfangen. Sie haben nicht nur die Heimat geschützt, sie haben sie auch befreit.

Frauen! Auch Ihr habt Unsägliches gelitten, habt hergegeben den Mann, den Ihr geliebt, den Vater und Bruder, der Euer Schutz war, die Söhne, deren Zukunftsglück jeder Eurer Gedanken galt. Wie viele von Euch haben alles geopfert, was für sie „Leben" bedeutete. Ihr glaubtet zur Freude geboren zu sein und habt mit hungerndem Magen in der Werkstatt ausgehalten, am Hochofen, in Wind und Wetter auf der Bahn, in der dumpfen Schreibstube. Und Ihr habt sehen müssen, wie Eure Kinder gehungert und gefroren haben und konntet ihnen nicht helfen. Wie die Männer draußen, habt Ihr hier geleistet, was über Eure Kraft ging. Auch von Euch haben viele ihr junges Leben dabei verloren.

Zeigt Euch auch jetzt ihrer würdig. Jetzt gilt es ja nicht zu vernichten. Das hat Eurem eigenen Wesen widerstrebt, jetzt gilt es, die neue Freiheit erhalten, gilt es, die harten Lasten, die die Gestürzten hinterlassen, auf alle zu verteilen. Es sollen nicht wieder die einen arbeiten und darben, damit die andern im Wohlleben feiern können. Euren Kindern und Enkeln gilt es, eine Heimat zu schaffen, in die der Wohlstand wieder einzieht, eine Heimat, in der sie nicht schon als Kinder verkümmern in schlechter Stube bei allzu früher Arbeit, sondern wo sie Jugend und Freude haben und lernen dürfen so viel sie wollen, eine Heimat, in der jeder am Ertrag der Arbeit gleichen Anteil hat.

Ihr wißt, daß das alles nur in der sozialistischen Wirtschaft möglich ist, daß nur sie uns schützt vor einem neuen Weltbrand wie der, an dessen Ende wir stehen. Ihr wißt, daß dieses Ziel erreichen will die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Deshalb müßt Ihr zu ihr gehören! Die Revolution hat uns die politische Macht geöffnet. Wir müssen sie uns gegen alle Feinde erhalten, sonst können wir nicht durchführen, was wir wollen. Alle müssen dazu helfen. Frauen! Ihr habt gezeigt, daß Ihr dulden und arbeiten könnt wie die Männer, die heimkehren. Denkt und handelt jetzt auch wie sie, und man wird Euch Kränze winden wie ihnen, und es Euch in Gedanken und Tat nicht vergessen.

Hedwig Bachenheim.

Die Räumung des linken Rheinufers.

Das Gouvernement Köln teilt mit: Die letzten deutschen Truppen haben am 4. Dezember, vormittags 6 Uhr, den Rhein zu überschreiten. Alle Militärpersonen, die nicht ordnungsmäßig entlassen sind und sich nach dieser Zeit auf dem linken Rheinufer aufhalten, laufen Gefahr, interniert zu werden. Die Bezirkskommandos setzen ihre Tätigkeit fort.

Der Durchzug der Truppen der 4. Armee über den Rhein ist in der Hauptsache beendet. In den linksrheinischen Gemeinden ist in Erwartung des nachrückenden Gegners der Flaggenschmuck restlos entfernt.

Der beschleunigte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten beendigt. Die feindliche Besetzung wird in der folgenden Nacht oder am Sonntag früh erwartet.

Der Hauptteil der 1. Armee in Stärke von 150 000 Mann und 60 000 Pferden ist in unmittelbarem Anmarsch an den Rhein bei Neuwied. Regimenter der 1. ostpreußischen Division (Armeegruppe Börne) überschritten den Rhein auf der neuen Eisenbahnbrücke bei Engers und auf der Schiffbrücke zwischen Weißenthurm und Neuwied.

Aachen von den Belgiern besetzt.

Gestern Nachmittag ist Aachen, laut „Berliner Lokalanzeiger", von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklang bis vor das Rathaus zogen und dort Aufstellung nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt und bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen werden müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße blicken lassen. Einigen Mitgliedern des Soldatenrates, der vom belgischen Kommandanten empfangen zu werden wünschte, ließ er erklären, daß von nun an in Aachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen während zweier Tage nicht erscheinen. Sie wurden dann unter strenge Präventivzensur gestellt. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten.

Soldatenentlassungen nach der Schweiz vermeiden!

An der Schweizer Grenze sind bereits zahlreiche deutsche Heeresangehörige, die in der Schweiz ansässig sind, eingetroffen. Die Schweiz verweigert ihnen vorläufig den Eintritt. Um Anstauungen größerer Massen und Verpflegungsschwierigkeiten in deutschen Grenzorten zu verhindern, wird vor weiteren Entlassungen nach der Schweiz dringend gewarnt.

Der Kriegsminister. J. A.: Reinhardt.

Der Unterstaatssekretär. Göhre.

Was die französische Zensur unterschlägt!

Der leitende Redakteur der „Humanité" schreibt in seinem Blatte (19. November):

Die letzten Heeresberichte heben hervor, daß es jetzt keinen feindlichen Soldaten mehr in unserem Lande gibt. Niemand ist hierüber glücklicher als wir. Aber warum besteht noch der Belagerungszustand? Warum verweigert man den Sozialisten das volle Recht der Versammlung? Ueberhaupt: Warum fährt die Zensur fort, gegen unsere elementaren Freiheiten zu wüten? Sie ist in Italien abgeschafft, ebenso in Amerika, in Frankreich hingegen wirkt sie jetzt unheilvoller als je zuvor. Seit mehreren Tagen kommen in der deutschen Schweiz heftige Arbeitsagitationen vor. Wir haben von diesen Ereignissen nichts erfahren. In Holland und Schweden verlangen die Arbeiter die Republik. Man läßt im Depeschendienst nichts hierüber durch. In Deutschland vollziehen sich höchst wichtige politische und soziale Umwälzungen. Es ist unsere Pflicht, den Fortschritt der deutschen Revolution von Tag zu Tag zu verfolgen. Aber keine einzige vollständige Depesche erreicht uns. Wenn wir manches hierüber aus schweizerischen Blättern wiedergeben wollen, werden wir hieran durch die Zensur gehindert. Die deutschen Mehrheits- und Minderheitssozialisten haben sich verständigt, um auf den Ruinen des feudalen militärischen Reiches die soziale Republik zu errichten. Glaubt man durch vorläufige Zensurverbote uns daran zu hindern, diese entscheidende historische Tatsache kennen zu lernen? Weiter: Die deutschen Revolutionäre sandten durch Branting einen Appell an die französischen, englischen und italienischen Sozialisten, um diese zu veranlassen, für eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen einzutreten, damit es in ihrem ausgehungerten Lande zu keiner Anarchie kommt. Branting antwortete ihnen, daß er seit mehreren Tagen ihren Appell übermittelt hätte. Aber wir haben nichts erhalten. Man unterschlägt und man hält unsere Depeschen zurück. Man will eine unübersteigbare Mauer zwischen Mitteleuropa und dem westeuropäischen Proletariat aufrichten. Die alliierten Sozialisten können unmöglich ein derartiges Verfahren länger dulden. Es ist Zeit, daß man den Arbeitern die Rede- und Pressefreiheit zurückgibt. Wird unser Ruf zurückgewiesen, so darf man auf die unangenehmsten Ueberraschungen gefaßt sein.

Weitere Uebergriffe der Tschechen.

Aus Prachatitz ist dem österreichischen Staatsrat ein eingehender Bericht über die Besetzung der Stadt Prachatitz in Deutsch-Böhmen durch tschechisches Militär zugegangen. Bahn und Post sind besetzt, Telegraph und Telephon stehen unter Zensur, die Mitglieder des örtlichen Nationalrates wurden verhaftet und nach Prag abgeführt. Die deutschen Straßentafeln wurden entfernt und über Prachatitz und Umgebung der Kriegszustand verhängt.

In Brüx wiederholten sich die Schießereien. Der Brüxer Bürgermeister Herold wurde, von der Reise heimkehrend, bei Niedergeorgenstadt (Niedergeorgenthal) verhaftet und von einer tschecho-slowakischen Patrouille nach Brüx eskortiert. Auf dem Wege rief die Menge den Soldaten zu, man solle Herold aufhängen. Bei der gestrigen Schießerei wurden fünf Personen getötet, neun, darunter zwei Zivilisten, schwer verletzt. Von den Letzteren ist eine Frau gestorben.

Politische Nachrichten.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung.

Ueber den wesentlichen Inhalt der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung erfährt Wolffs Bureau folgendes:

Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme. Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage, also am 16. Februar 1919, das 20. Lebensjahr vollendet haben. Das Wahlrecht ist hiernach gegenüber dem Reichstagswahlrecht auf die Frauen, auf die 20- bis 25jährigen und auf die Personen des Soldatenstandes ausgedehnt worden. Wahlausschließungsgründe sind lediglich Entmündigung und Vormundschaft, sowie der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte; Konkurs und Armenunterstützung sind nicht mehr Wahlausschließungsgründe. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltage seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

Die Wahlkreiseinteilung beruht auf dem Grundsatze, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbezirksgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberschuß von mindestens 75 000 Einwohnern vollen 150 000 Einwohnern gleichgerechnet wird. In Preußen bilden die kleineren Provinzen, die großen Regierungsbezirke sowie Berlin je einen Wahlkreis; andere Regierungsbezirke sind, zum Teil auch mit nichtpreußischen Gebieten, zusammengelegt worden. Bayern zerfällt in vier, Sachsen in drei und Württemberg in zwei Wahlkreise. Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden.

Bezüglich der Wählerlisten folgt das Gesetz im allgemeinen dem Reichstagswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausübung des Wahlrechts so zuverlässig wie irgend möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgesehen, die den gegenwärtigen Verschiebungen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besonders Erleichterung für die heimkehrenden Feldzugsteilnehmer schaffen sollen. In der Regelung der Verhältniswahl schließt sich die Verordnung dem Reichsgesetz vom 24. August 1918 an, das seinerzeit von der überwältigenden Mehrheit des Reichstages angenommen worden ist. Nur ist mit Rücksicht auf die Größe der neuen Wahlkreise bestimmt worden, daß die Wahlvorschläge nicht bloß von 50, sondern mindestens von 100 wahlberechtigten Personen des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen.

Wieviel Deutsche wählen zur Nationalversammlung?

Amtlich wird mitgeteilt: Das Wahlrecht ist durch die Verordnung vom 12. November 1918 ausgedehnt worden a) auf die Frauen, b) auf die Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,4 Millionen Wahlberechtigte waren und von diesen sich 12,3 Millionen gleich 85 pZt. an den Wahlen beteiligt haben, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Diese Summen ergeben sich auf Grund der folgenden Berechnung: Nach der amtlichen Statistik (Statistik des Deutschen Reiches Bd. 240,2 S. 254) sind am 1. Januar 1911 aus den Jahrgängen 1898 der als erster Geburtsjahrgang für die Wahlberechtigung in Frage kommt, und früher vorhanden gewesen:

männliche Personen . . .	22 965 829
weibliche Personen . . .	23 904 261
zusammen . .	46 870 090

Davon sind in den Jahren 1911—18 abzusetzen die Sterbefälle. Sie betrugen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 4,8 Millionen. Abzusetzen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Kriege Gefallener und Vermißter. Im ganzen sind demnach durch Tod usw. 6,6 Millionen (4,2 Millionen Männer, 2,4 Millionen Frauen) von der obigen Summe der Wahlberechtigten abzusetzen. Außerdem haben abzugehen die Ausländer mit etwa 1¼ Million. Hinzu dagegen kommen die uns während des Krieges zugeströmten Auslandsdeutschen, die in Konkurs befindlichen und die Armenunterstützung beziehenden Personen. Alles in allem ergibt sich an Wahlberechtigten am 31. Dezember 1918 die Summe zwischen 39 und 40 Millionen Personen, etwa 18 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Zweifelhaft erscheint es, ob unsere Kriegsgefangenen (zirka 500 000) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. — Mit dieser Berechnung wird eine kürzlich durch die Blätter gegangene, auf irrtümlicher Voraussetzung fußende Aufstellung, die nur etwa 35 Millionen Wahlberechtigter angab, widerlegt.

Deutschlands Nahrungsmittel-Versorgung durch Amerika.

„B. T." berichtet aus dem Haag: Wie die „Times" aus Neuyork berichtet, hat die amerikanische Regierung 32 ehemalige deutsche Handelsschiffe bestimmt, die Nahrungsmittel nach Deutschland bringen werden. Nach einer Mitteilung Lansings im Senat wird die Versorgung aber erst beginnen, nachdem in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben.

Strafbefugnis des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung.

Die Reichsregierung hat das Demobilmachungsamt ermächtigt, Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die von ihm oder den Demobilmachungsorganen erlassenen Anordnungen festzusetzen. Die eben erlassene Verordnung setzt Strafart und Strafmaß allgemein fest, und zwar Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu M 100 000. Geld und Freiheitsstrafen können einzeln oder zusammen verhängt werden. Außerdem können Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen oder für verfallen erklärt werden, gleichgültig, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Eisners Herrlichkeit.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

Wie aus München berichtet wird, wurde der bayerische Ministerpräsident Eisner gestern, als er zu einer Ansprache auf der Revolutionsfeier im National-Theater auf der Bühne erschien, ausgepfiffen, und es wurden Schmährufe auf ihn laut, ebenso an den Kraftstellen seiner Rede. Die Zuhörerschaft bestand aus heimgekehrten Soldaten und aus Hoch- und Mittelschülern, denen diese Feier besonders geweiht war. Der „Lokalanzeiger" berichtet weiter, daß in der bayerischen Regierung der alte Gegensatz zwischen Auer und Eisner wieder hervortrete. Eisner, gestützt vom radikalen Münchener Arbeiter- und Soldatenrat, ist im Landes-Soldatenrat in der Minderheit. Die vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals haben an sämtliche Minister eine Depesche gerichtet, in der die sofortige Einberufung